

Fatalem Eindruck entgegenwirken

ANGEKÜNDIGTE KLAGE GEGEN DIE UMSTRITTENE DIÄTENREGLUNG LÄUFT

Mit einer Klage vor dem Thüringer Verfassungsgericht in Weimar will die SPD-Fraktion gegen die weitere Zahlung von Zulagen für Abgeordnete in besonderen Funktionen vorgehen. Vertreten lassen werden sich die Parlamentarier vor dem höchsten Thüringer Gericht von Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Schneider, einem renommierten Staatswissenschaftler und Kenner des Parlamentsrechtes. Schneider lehrt derzeit an der Universität in Hannover und hat sich in den vergangenen Jahren schon häufig mit der Abgeordnetenvergütung beschäftigt.

Neben der Klage wird Prof. Schneider im Auftrag der SPD-Fraktion auch eine sogenannte einstweilige Anordnung beantragen, damit bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens eine Auszahlung der Zulagen an die Abgeordneten unterbleibt. Kurz vor Ablauf des vergangenen Jahres, während des Dezember-Plenums, hatte das Parlament mit CDU-Mehrheit in einer Hau-Ruck-Aktion die umstrittene Diätenregelung beschlossen. Eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 1300 Mark monatlich - Thüringen zahlt übrigens im Vergleich mit allen anderen Bundesländern am meisten - erhalten seit Januar 2001 die Parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktionen und die Ausschussvorsitzenden im Thüringer Landtag.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion wird in Thüringen damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Thüringer Abgeordnetengesetz ganz bewusst von der CDU umgangen. Die Karlsruher Richter



hatten im Sommer letzten Jahres entschieden, dass zusätzliche Entschädigungen für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer und Ausschussvorsitzende verfassungswidrig sind. Massiver Protest gegen das Vorpreschen der CDU wurde quer durch die gesamte SPD-Fraktion laut. Man weigere sich, ein Urteil des höchsten deutschen Gerichtes umzusetzen, warfen die Sozialdemokraten ihren Kollegen in den Reihen der CDU vor, und: Mit der Neuregelung hätten sich die Christdemokraten ein Hintertürchen für die weitere Zahlung der Gelder geöffnet. Der gelernte Jurist Richard Dewes dazu: „Das Karlsruher Urteil ist Buchstabe für Buchstabe umzusetzen, ob es uns gefällt oder nicht. Es entsteht sonst der fatale Eindruck, dass wir verbindliches Recht für uns

nicht wahrhaben wollen“. Kritisch auch die Äußerungen von Dr. Werner Pidde, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion: „Gerade wir Abgeordneten sollten darauf achten, dass uns keine ungesetzliche Selbstbedienung nachgesagt wird.“

Das sehen andere im Parlament anders, allen voran Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht. Sie verteidigte im Dezember-Plenum die Zahlung der Zulagen und erinnerte daran, dass die betroffenen Abgeordneten überdurchschnittlich viel und hart arbeiteten und deshalb auch ein Recht auf die „Entlohnung für den tatsächlich entstandenen Aufwand“ hätten. Auf die Frage, worin dieser besondere Aufwand denn bestehe, wusste auch die Landtagspräsidentin keine überzeugende Antwort.

PARLAMENT

Thüringer Landtag
ist für drei Jahre
Baustelle.

Seite 2

AKTUELL

Erziehungszeit:
Mehr Rechte für
Väter und Mütter.

Seite 4



SPD
THÜRINGEN
LANDTAGSFRAKTION

Verbraucherschutz steht an erster Stelle

Seit dem ersten BSE-Fall im November vergangenen Jahres ist nichts mehr so wie es war. Das Markenzeichen „Made in Germany“ für Lebensmittel ist zerstört, das Vertrauen der



Verbraucher zutiefst erschüttert. Die geheimnisvolle Seuche BSE beherrscht nicht nur die Medien, sondern auch die Köpfe der Menschen. Doch was tun in dieser Situation? Die SPD-Landtagsfraktion hat hier klare Vorschläge unterbreitet. Der Wichtigste: Verbraucherschutz gehört in eine Hand. Es kann nicht sein, dass drei Ministerien und zahlreiche Behörden für den Verbraucherschutz zuständig sind. In der gegenwärtigen Situation wäre sogar ein Krisenstab in der Staatskanzlei angebracht.

Aber auch Verbraucherberatung ist wichtiger denn je. Bereits zum Doppelhaushalt 2001/2002 haben wir einen Antrag zur Erhöhung der Mittel für die Verbraucherzentrale Thüringen eingebracht. Den hat die CDU-Fraktion trotz der BSE-Krise in Deutschland niedergestimmt. Nun soll es auf Geheiß des Ministerpräsidenten doch Geld geben. Die SPD-Fraktion werde darauf achten, dass es keine Eintagsfliege ist, denn Kontinuität und Ortsnähe sind wichtige Voraussetzungen für eine effektive Verbraucherberatung.

In Thüringen soll es künftig ein Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz geben, dem verschiedene Kompetenzen zugeordnet werden. Soweit so gut. Fragt man aber näher nach, und wir haben das getan, gibt es für dieses neue Amt weder mehr Geld noch mehr Personal und auch die Futtermitteluntersuchung als ein wichtiger Ausgangspunkt für BSE bleibt im Amt außen vor. Unter diesen Voraussetzungen droht das Amt zum Papiertiger zu verkommen. Wenn die Regierung glaubt, das Problem BSE aussitzen zu können, ist sie schiefe gewickelt.

Wir werden uns weiter streitbar im Parlament und in den Ausschüssen für eine Verbesserung des Verbraucherschutzes in Thüringen einsetzen.

Dr. Christine Klaus
verbraucherpolitische Sprecherin

Startschuss für Bau des neuen Plenarsaals gefallen

Zuerst mussten Ahornbäume und Eschen weichen, dann wurde der Parkplatz an der Rückfront des Landtagsgebäudes mit einigem Getöse eingeebnet: Mitte Januar fiel der Startschuss für den umstrittenen, 110 Millionen Mark teuren Landtagsneubau. In gut einem Jahr soll das sogenannte Funktionsgebäude inklusive neuer Kantine stehen, bis 2004 wird auch der neue Plenarsaal fertig sein. Die Opposition hält den Neubau nach wie vor für unnötige Protzerei, die CDU - allen voran Finanzminister Trautvetter - verweist darauf, dass es sich bei dem Bau um die Minimalvariante handele.



Die Kellerkinder der Gesellschaft nicht vergessen

OHNE SCHUL- UND BERUFSABSCHLUSS DROHT SOZIALES AUS

Spezielle Förderprojekte für Kinder und Jugendliche ohne Schul- oder Berufsausbildung fordert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Jürgen Döring, vom Thüringer Kultusministerium. Zusätzlich müsse es eingehende Untersuchungen zu dieser Problematik geben. Die Zahl junger Menschen, die sich beidem, der Schulpflicht und/oder der Berufsausbildung entziehen, steige im Freistaat kontinuierlich an.

Niels Lund Chrestensen, der Erfurter IHK-Präsident, hatte bereits auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die es im Jahr 2000 bei der Suche nach einer Lehrstelle für die 3500 Thüringer Schulabgänger ohne Schulabschluss gegeben habe.

Generell seien die mehr als 750 Schulverweigerer, die das Thüringer Kultusministerium 1999 zählte, nur die Spitze eines Eisbergs, so Döring weiter. Mit

dieser Zahl seien nur die besonders hartnäckigen Fälle erfasst. Während 1991 in der Altersgruppe der 20- bis unter 30-jährigen in Deutschland 11,7 Prozent ohne Ausbildung blieben, sei diese Zahl bereits bis 1998 auf 14,7 Prozent gestiegen. Das seien mehr als 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

Bei den notwendigen Bemühungen um Qualitätssicherung im Bildungswesen bestehe die Gefahr, dass dabei ausschließlich an Schüler und Auszubildende mit Durchschnitts- und Spitzenleistungen gedacht werde, sagte Döring. „Ich fordere alle Bildungspolitiker und das Thüringer Kultusministerium auf, sich den ‚Kellerkindern‘ unserer Gesellschaft verstärkt zuzuwenden“, so der SPD-Politiker. Die Bemühungen, die in Thüringen zum Beispiel mit den sogenannten „Praxisklassen“ unternommen werden, reichten dabei offensichtlich nicht aus.

Kommunen beim Betreuten Wohnen massiv unter Druck

DURCH NEUE FÖRDERRICHTLINIEN SIND PROJEKTE GEFÄHRDET

Mit der Forderung an das Land, das Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderung und Suchtkranke künftig als Pflichtaufgabe zu betrachten und auch demgemäß zu handeln, schließt sich Rosemarie Bechthum, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, einer zentralen Forderung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen an. Bechthum reagiert mit ihrer Äußerung auf die Änderung der Förderrichtlinien für das Betreute Wohnen, die das Sozialministerium noch am Jahresende durchgepeitscht hat. Danach wird die Förderung schon in diesem Jahr auf 75 Prozent und 2002 auf 50 Prozent zurückgefahren. Zudem wolle das Land mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen. Nur dann sei es bereit, sich auch weiter an der Fi-

nanzierung der Projekte zu beteiligen. Mit den jetzt vorgelegten neuen Förderrichtlinien sei ein Großteil der Projekte des Betreuten Wohnens - in Thüringen gibt es mehr als 80 - in ihrer jetzigen Form gefährdet, so Bechthum. Einige stünden wegen der neuen und damit unsicheren Form der Finanzierung ganz und gar auf dem Prüfstand. „Lenkt das Land nicht ein, dann sind die Betroffenen - Menschen mit einer Behinderung oder einer Suchterkrankung - neuem psychischem Druck ausgesetzt“, sagte Bechthum.

„Die Träger sind extrem verunsichert“, so Bechthum weiter. Es sei unklug vom Land, einen solchen Druck auf Träger und Kommunen auszuüben. Ein Heimplatz sei allemal teurer als ein Platz in einem Projekt des Betreuten Wohnens.

CDU redet neues Rentengesetz schlecht

„Weil sie selber keinen konstruktiven Beitrag geleistet haben, versuchen nun CDU-Vertreter wie Althaus, Pietzsch und andere auf unverantwortliche Art und Weise mit Falschmeldungen über das neue Rentengesetz Angst bei den Menschen zu schüren“, sagte Birgit Pelke, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Mit der neuen Rente habe die Bundesregierung erreicht, dass diejenigen, die Erwerbs- und Familienarbeit leisten - vor allem also die Frauen - künftig besser gestellt werden.

„Weil die CDU immer gegen eine eigenständige Alterssicherung der Frau war und ist, versucht sie mit demagogischen Mitteln, die neuen Regelungen schlecht zu reden“, sagte Pelke. Die neue „kindbezogene“ Höherbewertung von Beitragszeiten werde die Absicherung von Frauen im Alter deutlich verbessern. So zum Beispiel, wenn sie während der Erziehungszeit arbeiten oder wenn sie mehrere Kinder aufziehen und dadurch nicht arbeiten können. Auch bei der Hinterbliebenenversorgung gebe es positive Neuigkeiten für die Frauen. Sie erhalten jetzt - je nach Kinderzahl - einen höheren Prozentsatz von der Rente des verstorbenen Ehepartners.

A 71: Kein Verdienst der Regierung Vogel

„Wir begrüßen den vorgezogenen Baubeginn der A 71 im Raum Artern“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frieder Lippmann. Er verweist darauf, dass die A 71 ursprünglich - nach Planungen der CDU/CSU- und FDP-Bundesregierung - vom Süden kommend in Erfurt enden sollte. Erst im Investitionsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1999 - 2002 habe die rot-grüne Bundesregierung Schröder dafür Mittel bereit gestellt. Damit sei der Lückenschluss zwischen Erfurt und Sangerhausen wieder ins Gespräch gekommen. Lippmann erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass das Land für die vorm Baubeginn notwendigen Planungen verantwortlich gewesen sei. Der vorgezogene Baubeginn sei keinesfalls ein Verdienst der CDU-Landesregierung, geschweige der Bundes-CDU. Lückenschluss zwischen Erfurt und Sangerhausen wieder ins Gespräch gekommen.

SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Im Arbeitskreis Umwelt und Landwirtschaft besetzen wir zum 02. April 2001 wieder die Stelle einer/eines

Referentin/en

Dabei denken wir vorzugsweise an eine/einen Mitarbeiterin/ Mitarbeiter mit Erfahrungen in folgenden Bereichen:

Verbraucherschutz und Ernährung, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Forsten, Energie

Voraussetzung für die Einstellung ist ein abgeschlossenes Fach- oder Hochschulstudium.

Wir erwarten eine hohe Einsatzbereitschaft, kommunikative Kompetenz im Umgang mit Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen sowie hohe Kollegialität in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion. Ihre Aufgabe wird vor allem sein, die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zu unterstützen und ihre Zielstellungen zu vertreten.

Wir bieten eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die nach Verg.Gr. IIa des BAT-Ost vergütet wird.

Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, finden Sie weitere Informationen unter www.spd-thl.de.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an die

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Frau Heider

Arnstädter Straße 51 in 99096 Erfurt, Tel. 03 61 / 3 77 23 36

Thüringen wird es bald an Fachkräften mangeln

WIRTSCHAFTSPOLITIKER LIPPMANN: LANDESREGIERUNG MUSS RASCH ZAHLEN OFFEN LEGEN

In Thüringen wird es in den nächsten Jahren zu einem eklatanten Mangel an Fachkräften kommen, der sich in den kommenden Jahren noch verstärken wird. Das prognostiziert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nach eigenen Recherchen. Der DGB sieht zwei Ursachen für dieses Problem: die Abwanderung gut ausgebildeter, junger Fachkräfte in den Westen und das Versagen vieler Betriebe bei der Aus- und Weiterbildung. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag nimmt die Warnungen von DGB und vielen Experten sehr ernst und hat das Thema mit einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung der Plenarsitzung Ende Januar gebracht. SPD-Wirtschaftspolitiker Frieder Lippmann forderte die Thüringer Landesregierung auf, möglichst schnell Zahlen offenzulegen und das Parlament über Handlungsmöglichkeiten zu informieren.

Was getan werden muss? Lippmann brachte es auf den Punkt: Mehr ausbilden - auch über den Bedarf hinaus sowie die soziale Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen verstärken - dazu gehört

auch Eigentumsbeteiligung in Form von Gewinnbeteiligungen.

Umfragen zufolge geben 40 Prozent der thüringischen Unternehmen an, vergeblich nach Fachkräften zu suchen. Laut DGB gibt es zum Teil eine dramatische Überalterung in den Firmen, so zum Beispiel in den Altersgruppen 18 bis 25 sowie 26 bis 34. Dennoch reagierten viele Betriebe nicht auf die Situation, obwohl sich die Probleme ab 2006 vermutlich noch verstärkten. Vernachlässigt werde in den Betrieben beispielsweise das Thema Qualifikation - vor allem mit Blick auf die sogenannte „demographische Lücke“, die wiederum durch die geburtenschwachen Jahrgänge verursacht werde. Aus dem jetzt noch existenten Fachkräfteüberschuss werde in wenigen Jahren ein Fachkräftemangel, aus dem Lehrstellenmangel ein Lehrlingsmangel. Deshalb fordert der DGB die Unternehmen auf, sich mehr der Erstausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung zuzuwenden. Grundlage dafür müssten Unternehmens- und Personalplanungskonzepte sein.

www.spd-thl.de

Pohl fordert Aufklärung

Die Aktivitäten des Ex-Leiters des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, sind das Thema einer parlamentarischen Anfrage in der nächsten Plenarsitzung. Roewer soll laut Presseberichten mit Dienstaussweis und unter seinem Decknamen den sogenannten Heron-Verlag abgewickelt haben. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Günter Pohl, will von der Landesregierung wissen, ob sie den Auftrag zur Abwicklung des Heron-Verlages erteilt hat und warum Roewer nach seiner Suspendierung in Besitz eines Dienstaussweises geblieben ist und so unter einem Decknamen auftreten konnte. Außerdem fordert Pohl Auskunft über die in den Heron-Verlag oder seine Projekte geflossenen Landesmittel.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de. **V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer. **Layout/ Satz:** malewski. **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt.

Redaktionsschluss: 07.02.2001

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Vom Erziehungsurlaub zur „Elternzeit“

SPD-FRAKTION FORDERT UNTERSTÜTZUNG DURCH LANDESREGIERUNG

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Umsetzung des neuen Bundeserziehungsgesetzes Unterstützung zu leisten. Es trat am 01. Januar des Jahres in Kraft und beinhaltet die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile. So haben sowohl Väter als auch Mütter in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten die Möglichkeit, nach der Geburt eines Kindes gemeinsam eine „Elternzeit“ zu nehmen. Bisher waren es fast ausschließlich die Mütter, die nach der Geburt eines Kindes über mehrere Jahre aus dem Berufsleben ausschieden. Nach dem neu-

en Gesetz können sich sowohl der Vater als auch die Mutter für drei Jahre für Teilzeitarbeit entscheiden. Neu ist auch, dass die Wochenstunden von derzeit 19 auf 30 Stunden je Elternteil erhöht werden können. Mit Zustimmung des Arbeitgebers können Eltern die Erziehungszeit variieren, sie z. B. dann nehmen, wenn ein Kind zur Schule kommt.

Ziel dieses Gesetzes ist es, Frau und Mann, insbesondere während der gemeinsamen Elternzeit, gleich zu stellen. Vor allem junge Eltern lösen sich immer mehr von dem alten Rollenverständnis. Junge Frauen möchten ihren Beruf nicht aufgeben, ihre berufliche Karriere nicht

durch die Geburt eines Kindes beenden. Wichtig ist, dass Eltern rechtzeitig ihr Anliegen dem Arbeitgeber mitteilen und sein Einverständnis einholen.

Allerdings sind die Vertreter der Wirtschaft nicht immer bereit, dem Antrag des Arbeitnehmers statt zu geben. Sie können laut Gesetz zwar dazu gezwungen werden, dies trägt aber nicht zu einem guten Betriebsklima bei.

Ziel der Politik muss sein, immer wieder deutlich zu machen, wie wichtig das Familienleben für die Erziehung der Kinder und das gesellschaftliche Leben ist.

Rosemarie Bechthum

familienpolitische Sprecherin